



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den Vorsitzenden des Integrationsrates
Herrn Helge Lindh
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Antrag zur Tagesordnung

Es informiert Sie	Maren Bergmann
Anschrift	Rathaus Barmen Johannes-Rau-Platz 1 42275 Wuppertal
Telefon (0202)	563 6964
Fax (0202)	
E-Mail	bergmann@spdrat.de
Datum	21.04.2015
Drucks. Nr.	VO/1381/15 öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
28.04.2015	Integrationsrat

Antrag der SPD-Ratsfraktionen

Resolution zur Kostenübernahme der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen durch Bund und Land

Sehr geehrter Herr Lindh,

die SPD-Fraktion beantragt, der Integrationsrat möge beschließen:

Die Stadt Wuppertal fordert Bund und Land auf, die Kommunen von den Kosten der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen vollständig und schnellstmöglich zu entlasten. Dabei sind vor allem auch die Kosten der geduldeten Flüchtlinge vollständig mit einzubeziehen.

Begründung:

Die Stadt Wuppertal bekennt sich zu ihrer humanitären Verpflichtung und Verantwortung, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten. Wir sehen, dass die Integration von Flüchtlingen für unsere Gesellschaft auch mit vielen Chancen verbunden ist. Dafür müssen und wollen wir den passenden Rahmen schaffen, etwa über einen verbesserten Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder einen erleichterten Zugang zu Sprachkursen. Bund und Land dürfen die Kommunen bei der Bewältigung der Folgen internationaler Konflikte und Krisen aber nicht alleine lassen.

Im Jahr 2015 sind insgesamt 85.394 Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingegangen; im Vergleich zum Vorjahr mit 37.820 Asylanträgen bedeutet dies eine Verdoppelung der Antragszahlen (+125,8 %). (Asylgeschäftsstatistik für den Monat März 2015, S. 3). Mit diesem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen geht der rasante Anstieg der kommunalen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung einher. Die Flüchtlingsströme wurden bisher massiv unterschätzt, so dass kurzfristige Hilfe erforderlich ist.

Die eingeleiteten Sofortmaßnahmen von Land und Bund, in den Jahren 2015 und 2016 bundesweit jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, sind ein wichtiger

Beitrag, decken aber immer noch bei Weitem nicht die Kosten, die in Wuppertal für die Versorgung und Unterbringung entstehen. Vor allem im Hinblick auf besondere Betreuungs- und Integrationsangebote, wie z.B. Sprachkurse.

Wir sehen Bund und Land in der Pflicht, die Kommunen weiterhin spürbar zu entlasten. Wir schließen uns ausdrücklich der Forderung an, dass der Bund unverzüglich die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vollständig übernehmen muss. Dabei sind vor allem auch die kommunalen Integrationskosten und die Kosten der geduldeten Flüchtlinge vollständig mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes van Bebber